



Dienstrechtsreform: Viel Tamtam – wenig Substanz

In den nächsten Wochen will die rot-grüne Landesregierung ihren Gesetzentwurf für die längst überfällige Dienstrechtsreform vorlegen. Sie soll zum 1. Januar 2016 in Kraft treten – fast zehn Jahre nachdem das Land durch die Föderalismusreform die Zuständigkeit für das Dienstrecht der eigenen Beamten vom Bund übernommen hat. Nach allem, was bisher über die rot-grünen Reformpläne bekannt geworden ist, ist trotz des langen Vorlaufs von der Dienstrechtsreform kein großer Beitrag zur dringend notwendigen Modernisierung des öffentlichen Dienstes zu erwarten. Der Grund: Die Reform soll nach dem Willen von Rot-Grün kostenneutral sein. Versprochen hatte die Landesregierung eigentlich etwas ganz anderes: einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Das steht zumindest im Koalitionsvertrag.

Der Druck, unter dem der öffentliche Dienst in den kommenden Jahren steht, ist enorm. Weil immer mehr Unternehmen um die knapper werdende Zahl qualifizierter Nachwuchskräfte werben, muss der öffentliche Dienst attraktiver werden. Es muss mehr Wechselmöglichkeiten zwischen privater Wirtschaft und öffentlichem Dienst geben. Und die Motivation und die Gesundheit der vorhandenen Beschäftigten müssen erhalten und, wo immer möglich, verbessert werden. Aus diesem Grund hat die GdP die Dienstrechtsreform von Anfang an konstruktiv begleitet. Im Mai 2010 hat sie ein umfangreiches Eckpunktepapier vorgelegt, das von der Faktorisierung der Lebensarbeitszeit bis zur Einführung eines Ruhestandskorridors für die Beamtinnen und Beamten reicht (siehe Infokasten).

Als die rot-grüne Landesregierung im Juni 2012 ihren Koalitionsvertrag vorgelegt hat, schienen tatsächlich die Weichen für eine große Reform gestellt: Dort ist davon die Rede, dass das Land auf qualifizierte und motivierte Beschäftigte angewiesen ist und dass die Landesregierung das Dienstrecht im Dialog mit den Spitzenorganisationen und den Gewerkschaften weiterentwickeln und modernisieren will. Auch die Ziele im Koalitionsvertrag stimmen: Rot-Grün bekennt sich ausdrücklich zu einer Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes, zu einer Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit und zur Sicherung der Interessen der Beschäftigten. Im Einzelnen werden Ver-

änderungen des Laufbahnrechts, insbesondere die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor, die Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle, Praxisprojekte zur Gestaltung altersgerechter Arbeitsbedingungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf angekündigt. Auch die Verbesserung von Karrierechancen für Frauen und die Forderung nach einem umfassenden strategischen Gesundheitsmanagement finden sich im Koalitionsvertrag wieder. In einem am 14. Mai 2013 vom Landtag verabschiedeten Entschließungsantrag hat sich Rot-Grün zu-

dem ausdrücklich zur Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage bekannt.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Rot-Grün hat sich nämlich auch darauf verständigt, dass die Umsetzung des anspruchsvollen Katalogs zur Dienstrechtsreform haushaltsneutral erfolgen soll. Anders formuliert: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen jede Verbesserung an irgendeiner Stelle durch Einschnitte bei einer anderen Stelle selber finanzieren. Statt mutiger Reformen, die die Attraktivität des öffentlichen

→ Seite 2

Das fordert die GdP

Bereits im Mai 2010 hat die GdP ein umfangreiches Positionspapier für ein modernes Dienstrecht NRW vorgelegt. Die wichtigsten Eckpunkte auf einen Blick:

- Bewährungsaufstieg in den höheren Dienst
- Besoldung nach Funktion und nicht nach Leistungsprämien
- Weiterentwicklung der Erschwerniszulagen für besonders belastende Bereiche
- Faktorisierung der Lebensarbeitszeit: Erhöhung des Versorgungsfaktors für Zeiten im Wach- und Wechseldienst
- Aufbau von Lebensarbeitszeitkonten
- Einführung eines Ruhestandskorridors, in dem Beamtinnen und Beamte ohne Abschläge in den Ruhestand gehen können
- Modernisierung des Dienstunfallrechts aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse
- keine Abzüge von den Versorgungsbezügen bei Dienstunfähigkeit infolge der Ausübung des Dienstes
- keine weiteren Einschnitte bei der Versorgung
- Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- Entwicklung eines strategischen Gesundheitsmanagements
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Kostenneutralität kann nicht funktionieren



Die Ziele, die Rot-Grün vor zwei Jahren im Koalitionsvertrag vorgegeben hat, sind klar und unmissverständlich: Der öffentliche Dienst muss nicht nur leistungsfähiger werden, sondern er muss vor allem für die Beschäftigten deutlich attraktiver werden. Sonst hat er keine Zukunft. Deshalb braucht NRW endlich ein modernes Dienstrecht, das nicht nur eine bessere Durchlässigkeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor zulässt, sondern auch flexiblere Arbeitszeitmodelle ermöglicht und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zwei Jahre später ist von diesen hoch gesteckten Zielen nicht mehr viel übrig geblieben. Noch liegt der Gesetzentwurf

von Rot-Grün zur Dienstrechtsreform zwar nicht vor, aber nach allem, was bislang von der Regierungsseite dazu bekannt geworden ist, wird von der Dienstleistungsreform kein Beitrag zur Stärkung des öffentlichen Dienstes ausgehen. Denn alles, was die rot-grüne Landesregierung an Verbesserungen plant, steht unter dem Vorbehalt der Kostenneutralität. Selbst marginale Verbesserungen in einzelnen Teilbereichen sollen durch Einschnitte an anderer Stelle von den Beamtinnen und Beamten selbst finanziert werden. Ein modernes Dienstrecht, das den Anforderungen der heutigen Zeit gerecht wird, lässt sich so nicht entwickeln.

Das weiß auch die Regierung Kraft. Deshalb muss sie jetzt endlich ein Konzept auf den Tisch legen, das den Namen Dienstrechtsreform auch verdient. Sonst wird es in Zukunft enorm schwierig, genügend gut qualifizierte junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Nicht nur bei der Polizei, sondern zum Beispiel auch für die Gerichte, für die Finanzämter und die Schulen. Das geht nicht. Der Staat darf sich nicht selbst demontieren!

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Fortsetzung von Seite 1

Dienstes langfristig sichern, bewegt sich Rot-Grün bei der Dienstrechtsreform daher im Kleingedruckten.

Den ersten Schritt zur Dienstrechtsreform hat die Landesregierung im Mai 2013 mit dem Dienstrechtsanpassungsgesetz gemacht, mit dem das Bundesrecht in Landesrecht überführt worden ist. Schon damals ging es nicht nur um eine bloße Überleitung des Dienstrechts in das Landesrecht, sondern Rot-Grün hat die Chance auch genutzt, um bei der Besoldung die Dienstaltersstufen durch Erfahrungs-

stufen zu ersetzen. Zulasten neu ein tretender Beschäftigter. Nur durch den massiven Druck der GdP ist es im vergangenen Jahr gelungen, zumindest für die Anwärterinnen und Anwärter, die ihre Ausbildung bereits begonnen hatten, einen Vertrauensschutz durchzusetzen.

Das Dienstrechtsanpassungsgesetz war aus Sicht der GdP ein Schnellschuss aus der Hüfte, der ohne Zeitnot durch das Gesetzgebungsverfahren gepeitscht wurde. Das zeigt sich jetzt in der Umsetzung: Gerade bei jüngeren Kolleginnen und Kollegen kommt es zu Fehlern bei der Festsetzung der Besoldungsstufe – was teil-

weise erhebliche Rückforderungen nach sich zieht. Die GdP führt Musterverfahren, um Rückforderungen soweit wie möglich zu begrenzen.

Der nächste Schritt der Dienstrechtsreform war die grundlegende Überarbeitung der Laufbahnverordnung (LVO). Hier konnte die GdP eine ihrer zentralen Forderungen zumindest für die Verwaltungsbeamten durchsetzen: Die Durchlässigkeit der Laufbahnen wurde wesentlich erhöht. Qualifizierte Beamtinnen und Beamten aus dem gehobenen Dienst können prüfungserleichtert in den höheren Dienst aufsteigen. Ob sich die besseren Aufstiegsmodelle der LVO auch in der Laufbahnverordnung Polizei (LVOPol) niederschlagen werden, ist derzeit allerdings noch nicht absehbar. Eine grundlegende Überarbeitung der LVOPol hat das Innenministerium bislang nicht vor. Damit fehlt aus Sicht der GdP ein bitter notwendiger Baustein, um bei der Polizei den Nachwuchs für den höheren Dienst zu sichern.

Die Neufassung der LVO war zudem nur ein Zwischenschritt zum zweiten Teil der Dienstrechtsreform. Über deren Ausgestaltung gibt es auf der Arbeitsebene bereits seit längerer Zeit informelle Gespräche zwischen der Landesregierung auf der einen und der GdP, der GEW, ver.di und dem DGB auf der anderen Seite.

Die Ergebnisse der bisherigen Gespräche sind gemischt: So haben die Gewerkschaften durchgesetzt, dass die Versorgung auf dem derzeitigen Niveau erhalten bleibt und dass es weder bei der Lebens- noch bei der Wochenarbeitszeit Anpassungen nach oben gibt. Zudem soll auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage endlich wiederhergestellt werden. Die Landesregierung hat außerdem zugesagt, dass es ein Pilotprojekt zur Erprobung von Langzeitkonten bei der Polizei geben wird. Auch für Teilzeitbeschäftigte, die weniger als die Hälfte der regulären Arbeitszeit tätig sind. Bei der Personalentwicklung und beim Gesundheitsmanagement soll es Verbesserungen geben. Aber das war es denn auch. Weitergehende substantielle Verbesserungen, die die Attraktivität des öffentlichen Dienstes nachhaltig stärken könnten, hat Rot-Grün bislang nicht vorgesehen. Ob sie im Gesetzentwurf enthalten sind, den die Landesregierung spätestens nach der Sommerpause vorlegen will, ist mehr als zweifelhaft.



Personalabbau beginnt schon 2015

Diskussion mit den innenpolitischen Sprechern der Parteien
über Aufgabenkritik und Personalbedarf der Polizei

Mit der Erhöhung der Einstellungszahlen auf 1500 Kommissaranwärterinnen und -anwärter hat die Politik für die Polizei ein Zeitfenster geöffnet – mehr nicht. Das wissen auch die Parteien. Die GdP hat deshalb ihre Beiratssitzung am 10. Juni in Kamen genutzt, um gemeinsam mit den innenpolitischen Sprechern von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten-Partei darüber zu diskutieren, welche Aufgaben die Polizei in Zukunft in NRW noch wahrnehmen soll und wie viele Polizistinnen und Polizisten sie dazu braucht. Am Ende der fast zweistündigen, engagierten Diskussion standen zwei Erkenntnisse: 1. Bei der Polizei werden in der nächsten Zeit viele Aufgaben und Arbeitsbereiche grundsätzlich auf den Prüfstand kommen. Größere Einsparpotenziale sind dabei bislang nicht erkennbar. Erst recht nicht in der Größenordnung von 3700 Stellen, die ohne Erhöhung der Einstellungszahlen in den kommenden Jahren wegfallen werden. 2. Wird die Zahl der Neueinstellungen nicht an die sprunghaft steigende Zahl der Pensionierungen angepasst, kommt es spätestens ab 2018 zu einem massiven Personalengpass bei der Polizei. Deshalb steht die Frage der Neueinstellungen für die GdP ganz oben auf der politischen Tagesordnung.

Bei den Vorstellungen, wie die drohende Personalnot bei der Polizei verhindert werden kann, liegen Politik und GdP noch weit auseinander. Vor allem die Grünen sehen bislang wenig Spielraum, die Zahl der Neueinstellungen zu erhöhen. „Die Forderung nach Mehreinstellungen ist verständlich, angesichts der finanziellen Situation des Landes aber unrealistisch“, erklärte in Kamen deren innenpolitische Sprecherin Verena Schäffer. Die Grünen setzen darauf, dass die Polizei das fehlende Personal durch eine Modernisierung der Prozessabläufe und der Organisationsstrukturen und durch eine Konzentration auf Kernaufgaben selber erwirtschaftet. Eine Antwort auf die Frage, welche Aufgaben die Polizei in Zukunft nicht mehr wahrnehmen soll, blieb Schäffer allerdings schuldig. „Wir erwarten Vorschläge der GdP, weil wir sie brauchen“, sagte sie dazu in Kamen, nannte aber abgesehen von hin-

länglich diskutierten Randthemen wie der Begleitung der Schwertransporte keinen Arbeitsbereich, aus dem sich die Polizei zurückziehen kann, ohne die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gefährden.

Die GdP sieht dagegen erst einmal die Politik in der Pflicht. Bereits im Vorfeld der Diskussionsrunde mit den Innenpolitikern hatte Landesvorsitzender Arnold Plickert erklärt, dass es ihre Aufgabe ist, zu entscheiden, in welchen Bereichen die Polizei tätig sein soll. Plickert betonte aber auch, dass sich die GdP ihrer Verantwortung für die Polizei bewusst ist. „Wir werden nicht mit Kürzungsvorschlägen vorpreschen, aber wir werden uns aktiv in die Diskussion einbringen“, kündigte er in Kamen an.

Auf der Beiratssitzung warb die innenpolitische Sprecherin der Grünen zudem dafür, durch schlankere Organisationsstrukturen zusätzliches Personal bei der Polizei frei zu bekommen, um dadurch einen Teil der Demografieverluste ausgleichen zu können. „Brauchen wir in NRW wirklich 47 Kreispolizeibehörden?“, fragte Schäffer. Die Grünen setzen schon länger auf eine Wiederbelebung der Überlegungen aus dem Scheu-Papier. Eine Antwort auf die Frage, in welchem Umfang sich dadurch Ressourcen einsparen lassen würden, haben die Grünen aber bislang nicht geben können. „Ob es diese Effekte überhaupt gibt, ist nach den Erfahrungen der vorangegangenen Organisationsreformen mehr als zweifelhaft“, warnte GdP-Landesvorsitzender Plickert. Er kritisierte zudem massiv, dass Innenminister Jäger (SPD) in die geplante Arbeitsgruppe bislang weder



einen Vertreter des PHPR noch der GdP berufen hat. „Das hat es selbst unter Schwarz-Gelb nicht gegeben“, sagte Plickert.

Thomas Stotko, der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, machte mit seinem Statement in Kamen deutlich, dass es bei der Frage der Neueinstellungen auch innerhalb der rot-grünen Landesregierung unterschiedliche Vorstellungen gibt. In seinem Statement erinnerte er daran, dass Rot-Grün die Erhöhung der Einstellungszahlen von 1100 auf 1500 durchgesetzt habe. Dass eine frühere rot-grüne Landesregierung die Einstellungszahlen zuvor auf 500 gesenkt hatte, ließ er allerdings unerwähnt. Auf die Frage, ob mit 1500 Neueinstellungen der Personalbedarf der Polizei befriedigt sei, sagte er: „Diese Frage kann ich erst beantworten, wenn wir eine Aufgabenkritik durchgeführt haben.“ Er schloss sie also nicht aus. Als Beispiel für Einsparungen nannte Stotko die Fußballereinsätze der Hundertschaften. „So lange wir 30 Prozent der Einsätze für den Fußball aufbringen, bin ich nicht bereit, bei den Einstellungen draufzusatteln“, sagte Stotko. Auch diese Forderung ist nicht neu. In der Vergangenheit hat die GdP immer wieder darauf hingewiesen, dass die Einsatzstärke bei den Fußball-

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

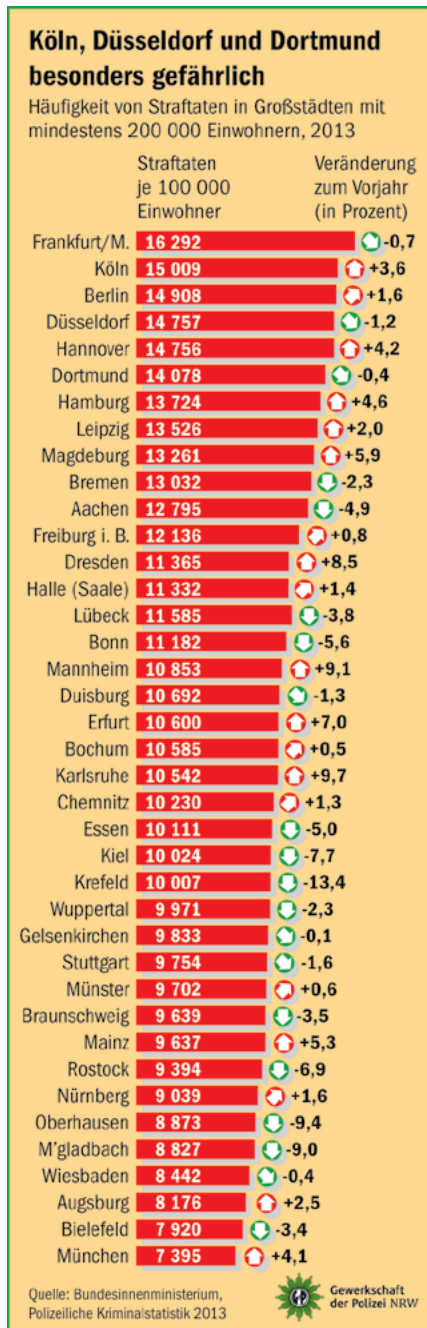
spielen überprüft werden muss. Zugleich hatte sie aber betont, dass die Politik dann auch den Mut haben muss, sich hinter die verantwortlichen Polizeiführer zu stellen, wenn die Einsatzstärke zurückgefahren worden ist und es anschließend zu Krawallen kommt.

Frank Hermann, der innenpolitische Sprecher der Piraten-Partei, betonte auf der Beiratssitzung, dass seine Partei der Polizei gegenüber positiv eingestellt ist. „Wir brauchen Menschen, die für die

Sicherheit der Bürger arbeiten“, sagte er, mahnte aber an, dass das Bild „Die Polizei – dein Freund und Helfer“ dringend ein Update brauche. Zur Frage der Neueinstellungen sagte Hermann, dass es auf keinen Fall weniger Polizei auf der Straße geben dürfe. Der Versuch der anderen Parteien, sich gegenseitig die Schuld dafür zuzuschreiben, dass es aktuell zu wenig Polizisten gibt, sei völlig langweilig. Einspareffekte kann sich die Piratenpartei u. a. bei der Verfolgung von Kleinstkonsumenten weicher Drogen vorstellen. BTM-Kri-

minalität müsse anders bewertet werden, sagte Hermann.

Die GdP wird die Diskussion mit den Parteien über den Einstellungsbedarf fortsetzen. Sie drängt auf eine zeitnahe Entscheidung. „Wenn wir bei den Neueinstellungen bis Ende 2015 warten, bis die vom Innenminister angekündigte Arbeitsgruppe ihren Bericht vorgelegt hat, ist das zu spät. Die Versäumnisse von heute können wir später nicht nachholen, weil sich die Ausbildungskapazitäten nicht beliebig erhöhen lassen“, sagte Plickert.



Chance zur Optimierung des Einstellungsverfahrens erneut vertan

Die GdP, aber auch das LAFP und die Behörden haben in der jüngsten Zeit immer wieder konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Einstellungsverfahrens für die Direkt-einsteiger bei der Polizei gemacht, aber das Innenministerium mauert seit Jahren. Schlimmer noch: Bis un-mittelbar vor dem Start der diesjähri-gen Einstellungskampagne am 3. Juni hat das Innenministerium dem Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) noch nicht einmal die vollständigen Unterlagen für die Einstellungskam-pagne 2014/2015 vorgelegt. Dabei ist das Innenministerium im Rahmen der prozessbegleitenden Mitbestim-mung verpflichtet, den PHPR bei allen Einstellungsfragen frühzeitig zu beteiligen. Der PHPR hatte bereits Mitte April verdeutlicht, dem Erlass für die Einstellungskampagne die

Zustimmung zu verweigern, wenn nicht endlich grundlegende Verbes-serungen am Verfahren vorgenom-men werden. Erst ein Mitte Mai mit Staatssekretär Bernhard Nebe ge-führtes Gespräch brachte Fortschrit-te: Nebe sicherte dem PHPR zu, dass die berechtigte Kritik am bestehen-den Bewerberverfahren in Zukunft berücksichtigt wird.

Für die aktuelle Einstellungskam-pagne bedeutet dies, dass es auf-grund der fortgeschrittenen Zeit nur partielle Verbesserungen in einigen Detailfragen geben wird. Insbeson-dere hat das Innenministerium zuge-sichert, dass die Bewerberinnen und Bewerber ab sofort über den von ih-nen erreichten Rangordnungswert informiert werden, so wie die GdP es

Fortsetzung auf Seite 5

In Köln, Düsseldorf und Dortmund ist die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, besonders hoch. Alle drei NRW-Städte gehören bundesweit zur Spitzengruppe der am meisten durch Kriminalität belasteten Großstädte mit mehr als 200 000 Einwohnern. Das zeigt die Anfang Juni von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2013.

In Dortmund gab es im vergangenen Jahr je 100 000 Einwohner 14 078 Straftaten, in Düsseldorf waren es 14 757 Straftaten und in Köln 15 009 Straftaten. Noch mehr Straftaten je Einwohner gab es nur in Frankfurt/M. und in Berlin.

Ein Beleg für die These, dass es in NRW um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger besonders schlecht gestellt ist, ist die aktuelle PKS trotzdem nicht, denn es gibt auch viele Großstädte in NRW, in der die Kriminalitätsrate deutlich unter der vergleichbarer Großstädte anderer Bundesländer liegt. In 12 der 15 NRW-Großstädte mit mehr als 200 000 Einwohnern ist die Kriminalitätshäufigkeit im vergangenen Jahr im Gegensatz zu der Entwicklung in den meisten anderen Bundesländern sogar gesunken. Die erarbeiteten Konzepte zur Bekämpfung der Kriminalität scheinen dank des engagierten Einsatzes der Kolleginnen und Kollegen in NRW Früchte zu tragen.



seit Jahren vorgeschlagen hat. Damit soll verhindert werden, dass erfolgreiche Bewerberinnen und Bewerber der Polizei verloren gehen, nur weil sie zu spät über ihre tatsächlichen Einstellungschancen informiert werden. Auch der unsinnige „Tipp-Test“ wird gestrichen.

Mittlerweile wurde durch Erlass geregelt, dass unverzüglich eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, die spätestens bis Ende dieses Jahres Vorschläge für eine grundlegende Modernisierung und Optimierung der Einstellungskampagne erarbeiten soll. Der Arbeitsgruppe sollen neben Vertretern der drei Ausbildungsträger (Fachhochschule, LAFP, Behörden) auch Mitglieder des PHPR angehören. Grundlegende Verbesserungen wird es daher erst ab der Einstellungskampagne 2015/2016 geben können.

Der PHPR hat diesem Kompromiss trotzdem zugestimmt, weil sonst die Einstellungskampagne für 2015 insgesamt gefährdet gewesen wäre. „Wir haben das nur gemacht, um einen sonst drohenden massiven Imageschaden von der Polizei abzuwenden“, erläutert GdP-Ausbildungsexperte Volker Huß. Die GdP erwartet zudem, dass sich das Innenministerium endlich ernsthaft mit den bereits seit Jahren auf dem Tisch liegenden Reformvorschlägen auseinandersetzt. Hierzu gehören eine stärkere Einbindung der örtlichen Einstellungsberater und weitere Dezentralisierungsschritte.

Erst Anfang dieses Jahres hatte die GdP die wichtigsten Forderungen noch einmal in einem umfangreichen Positionspapier zusammengefasst (DP 03/2014). Insbesondere fordert die GdP, dass die Einstellungskampagne in Zukunft auch Interessenten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung in den Blick nimmt. „Bei der aktuellen Einstellungskampagne wird diese Zielgruppe unzureichend beworben“, kritisiert Huß. Handlungsbedarf sieht die GdP auch beim Prozessablauf selbst. „Durch Fehler im System gehen uns jedes Jahr mehrere Hundert Bewerber verloren, die alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Berufseinstieg bei der Polizei mitbringen“, kritisiert Huß. Die GdP moniert zudem, dass das momentane Auswahlverfahren wieder bis in den Juli hinein dauert, sodass sich die endgültigen Einstellungszusagen bis zum Einstellungstermin hinziehen. „Das dauert viel zu lange. Solche Verzö-

Wir sind die GdP



Die meisten Motorradfahrer verzichten im Winter auf Fahrten mit ihrer Maschine. Um die eigene Sicherheit und die Fahrfreude zu Beginn der Saison zu gewährleisten, müssen sie trotzdem gut vorbereitet sein. Unterstützung bekommen die Motorradfreunde dabei auch von der GdP. Gemeinsam mit der Kreisgruppe Unna hat der Landesbezirk am 10. April und am 8. Mai auch in diesem Jahr wieder ein ganztägiges Fahrsicherheitstraining in der Glückauf-Kaserne in Unna organisiert. Ob Vielfahrer oder Anfänger, für jeden war etwas dabei, denn dazulernen kann jeder. In zahlreichen angeleiteten Übungen, wie zum Beispiel dem Langsamfahren, Slalom- und Kurvenfahren sowie dem Bremsverhalten, wurden die Teilnehmer für den Saisonstart fit gemacht. Das eigene Können und die eigenen Grenzen besser kennenzulernen, war ein wichtiger Bestandteil des Trainings.

Auch diesmal hatten sich wieder viele Kolleginnen und Kollegen aus ganz NRW für das Fahrsicherheitstraining angemeldet. Trotz unbeständigen Wetters waren alle Teilnehmer am Ende des Tages sehr zufrieden, weil sie die neu gewonnenen Erfahrungen sofort mit in die gerade startende Motorradsaison nehmen konnten. „Das Fahrsicherheitstraining leistet einen wichtigen Beitrag für die Verkehrssicherheit“, meinte am Ende des Trainingstags Olaf Schneider-Rothe aus der Kreisgruppe Unna. „Einem selber gibt es mehr Sicherheit, und Spaß macht das Ganze auch noch“. Für das nächste Jahr hat der Landesbezirk aufgrund der großen Nachfrage weitere Termine geplant.

gerungen können wir uns vor dem Hintergrund eines verschärften Wettbewerbs um die kleiner werdende Zahl junger Berufseinsteiger nicht leisten!“, warnt Huß. Für die GdP

steht deshalb das Ziel der neuen Arbeitsgruppe bereits fest: Das Land muss sich in Zukunft stärker als bisher als attraktiver und moderner Arbeitgeber präsentieren.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1.7. Ludwig Reinartz, Stolberg
- 2.7. Horst Hann, Bornheim
- 8.7. Horst Greven, Duisburg
Gertrud Jaspers, Krefeld
- 12.7. Heinz-Fredo Bewernitz,
Dorsten, Paul Dunker, Vlotho
- 13.7. Luzia Knoop,
Johannes Müller, Dormagen
- 14.7. Emmi Wilke, Wermelskirchen
- 19.7. Elfriede Weßel, Rheinberg
- 20.7. Anneliese Link,
Mönchengladbach
- 21.7. Hanna Maelzer, Herford
- 24.7. Anneliese Plitt, Moers
- 25.7. Hildegard Ellinghaus, Alfter

91. Geburtstag

- 5.7. Heinz Kühn, Nettetal
- 8.7. Elisabeth Ahrendt, Duisburg

- 13.7. Irene Kain, Moers
- 19.7. Karl Noch, Moers
- 22.7. Elfriede Lehnen, Essen
- 30.7. Gertrud Brandt, Wuppertal

92. Geburtstag

- 6.7. Wanda Sowada, Duisburg
- 7.7. Hildegard Schaefer, Wuppertal
- 8.7. Walter Ströse, Dülmen
- 9.7. Herbert Kersten, Gelsenkirchen
- 11.7. Margarethe Schmitz,
Heidelberg
- 12.7. Anna Kirschey, Düsseldorf
Josef Lewandowski, Dortmund
- 14.7. Walter Dunker, Dortmund
- 15.7. Elisabeth Kuchejda, Essen
- 21.7. Maditha Schwanke, Bergkamen

93. Geburtstag

- 1.7. August Bökler, Kreuzau
- 2.7. Lieselotte Porsch, Oberhausen
- 4.7. Gertrud Krizon, Löhne-Gohfeld
Werner Spieker, Datteln
- 14.7. Barbara Aulenkamp,
Rheda-Wiedenbrück
- 18.7. Christine Kersjes, Oberhausen
- 21.7. Margarete Bökemeier, Bochum

- 28.7. Erich Matzeit, Bielefeld
- 31.7. Hilde Halfmann, Wuppertal
Magdalene Maronde, Köln

94. Geburtstag

- 4.7. Betty Porscha, Bonn
- 7.7. Alwine Winkler, Mettmann
- 10.7. Margarete Kolbe, Bielefeld
- 11.7. Johanna Thoerner, Leverkusen
Ilsa Wüstenbecker, Lemgo
- 16.7. Mathilde Strube, Lippstadt
- 19.7. Kurt Lutz, Wuppertal
Karola Oeffner, Euskirchen
- 20.7. Hildegard Krabbe,
Bad Salzuffen
- 29.7. Jakob Claren, Bonn

95. Geburtstag

- 17.7. Irmgard Küppers, Remscheid

98. Geburtstag

- 19.7. Meta Berger, Gelsenkirchen

99. Geburtstag

- 10.7. Marianne Ingendahl, Siegburg
- 29.7. Wilma Birkemeyer, Essen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe ist der 4. Juli 2014.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Neue Satzung der JUNGEN GRUPPE bietet mehr Möglichkeiten zur Mitarbeit

Auf dem Landesbeirat der GdP am 10. Juni in Kamen haben die Delegierten einstimmig grünes Licht für eine wichtige Satzungsänderung bei der JUNGEN GRUPPE gegeben. In Zukunft setzt sich der Landesjugendvorstand aus den Vorsitzenden aller örtlichen JUNGEN GRUPPEN zusammen, der bisherige Landesjugendvorstand geht in den Geschäftsführenden Landesjugendvorstand über. Die JUNGE GRUPPE NRW gleicht damit ihre Strukturen an die der Bundesjugend an.

„Neben der Erhöhung der Altersgrenze auf 30 Jahre ist die Einführung des neuen Landesjugendvorstandes ein weiterer wichtiger Meilenstein für uns“, betont Landesjugendvorsitzender Ernst Herget. „Mit der neuen Arbeitsstruktur wol-

len wir erreichen, dass die Arbeit der JUNGEN GRUPPE auf der Landesebene noch stärker mit der Arbeit vor Ort vernetzt ist und sich alle örtlichen Gruppen direkt beteiligen können.“ Zudem können Funktionen im Geschäftsführenden Landesjugendvorstand, die im Laufe einer Amtsperiode vakant werden, in Zukunft nachbesetzt werden, ohne dass dazu eine außerordentliche Landesjugendkonferenz notwendig ist. Mit der neuen Arbeitsstruktur soll es für junge GdP-Mitglieder leichter werden, sich auch unabhängig von festen Wahlperioden in der JUNGEN GRUPPE zu engagieren. „Allen, die dabei vor Ort Unterstützung brauchen, steht der Landesjugendvorstand mit Rat und Tat zur Seite“, verspricht Ernst Herget.





ISRAEL

Das Heilige Land

22. bis 29.11.2014

**Tel Aviv - Akko - Nazareth - See Genezareth - Jordantal -
Jerusalem - Bethlehem - Ain Karem**

Eingeschlossene Leistungen:

- ⇒ Flug mit Air Berlin (oder vergleichb. Flugges.) von Düsseldorf nach Tel Aviv
- ⇒ 7 Übernachtungen in Hotels der Mittelklasse im Doppelzimmer mit Bad/Dusche und WC
- ⇒ 7 x Frühstücksbuffet und Abendessen in den Hotels
- ⇒ Ganztagesausflug Akko und Nazareth
- ⇒ Ganztagesausflug im Jordantal
- ⇒ Stadtrundfahrt Jerusalem
- ⇒ Besichtigung Abu Gosh und Jaffa
- ⇒ Transfers und Ausflüge im modernen Reisebus mit Klimaanlage
- ⇒ Örtliche Deutsch sprechende Reiseleitung
- ⇒ Alle gem. Programm anfallenden Eintrittsgelder

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer € 1.099,-

Einzelzimmerzuschlag € 299,-

Weitere Ausflüge als Paket vorab buchbar.

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung und das Anmeldeformular an.

GdP-Service GmbH Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64 www.gdp-reiseservice.de



REISE-SERVICE



Am 4. Juni ist die 17. BPH Münster bei dem „Tag der Bundesbereitschaftspolizei“ in Duderstadt für das Land Nordrhein Westfalen gestartet. Mehr als 1600 Einsatzkräfte der Bundespolizei und aus den Ländern, aber auch drei ausländische Polizeieinheiten nahmen an dem wohl größten Vergleichswettkampf teil. In zehn taktischen Disziplinen mussten insgesamt 21 Teams komplexe Einsätze bewältigen. Hierzu gehörten unter anderem die Trennung gewaltbereiter Fußballfans, Maßnahmen bei Versammlungen und die Bewältigung von Amoklagen. In acht von zehn Disziplinen belegte die Einsatzhundertschaft aus Münster einen der ersten drei Plätze und sicherte sich so den Gesamtsieg.

Glücksnummern des Monats

45 19546
 Peter Naumann, Bergisches Land
 45 20525
 Kornelia Raida, Selm
 45 21362
 Alina Kopton, Duisburg
 45 18636
 Gerd Zöller, Siegburg

Die Gewinner erhalten einen GdP-Weekender „Halfar“.

GdP aktiv

3. 7., Polizei-Sommerfest für den guten Zweck, ab 19 Uhr, Strobels, Strobellallee 50, Dortmund. Eintritt nur mit Einladung. Kostenlose Eintrittskarten sind bei den Kreisgruppen erhältlich. Spenden für die Aktion Kinderlachen e. V. werden gerne entgegengenommen.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

19. August, Seniorenjahresfahrt zur Landesgartenschau in Zülpich, Kostenbeitrag für Fahrt und Eintritt 28,50 € pro Person, Anmeldung: Ralf Dünzer,

Telefon 02 41/95 77-2 30 03 bis zum 15. 8. 2014, da begrenzte Teilnehmerzahl. Treffpunkt: 9.45 Uhr, Polizeipräsidium Aachen, Hubert-Wienen-Str. 25, Aachen

Anzeige

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

aus privaten Gründen suche ich, PK aus dem Land Bremen, einen Tauschpartner aus NRW. Natürlich ist auch ein Ringtausch möglich.

Bei Interesse freue ich mich über jede Rückmeldung unter: tauschgesuch.bremen@web.de oder Tel. 01 51/14 95 22 96

NACHRUFE

Hans Lingen	28. 10. 1917	Köln	Paul Proff	28. 4. 1925	Düsseldorf
Hertha Hülstrung	19. 5. 1925	Essen/Mülheim	Gisela Passmann	26. 10. 1919	Essen/Mülheim
Otto Sahr	2. 10. 1926	Mettmann	Horst Pramschüfer	23. 2. 1937	Neuss
Ludwig Comblain	12. 5. 1928	Viersen	Josef Löhr	11. 1. 1939	BZ Linnich
Horst Wagner	31. 10. 1934	Düsseldorf	Hans-Joachim Tetzlaff	30. 1. 1923	Bergisches Land
Erika Golcveg	21. 8. 1926	Selm	Elisabeth Stegemann	18. 4. 1925	Münster
Eduard Achnitz	6. 5. 1920	Köln	Heinz Peters	22. 1. 1931	Essen/Mülheim
Margarete Labusch	20. 1. 1926	Wesel	Hans Friederici	11. 1. 1934	Essen/Mülheim
Erich Tersteegen	31. 5. 1949	Autobahnpolizei Düsseldorf	Norbert Meyer	26. 5. 1939	Recklinghausen
Herbert Bernatzki	25. 7. 1936	Gelsenkirchen	Siegfried Wagner	31. 3. 1926	Düsseldorf
Anna Schmelter	15. 7. 1916	Rheinisch-Bergischer Kreis	Agnes Bonin	13. 8. 1925	Bielefeld
Margarethe Kedzia	11. 1. 1922	Bottrop/Gladbeck	Hildegard Gronostey	13. 5. 1917	Aachen
Albert Pregel	23. 11. 1934	Bonn	Lucie Langer	22. 2. 1926	Autobahnpolizei Düsseldorf
Karl-Heinz Schäfer	22. 10. 1956	Hochsauerlandkreis	Bruno Husfeld	1. 9. 1943	Märkischer Kreis
Ursula Henrich	19. 3. 1953	Düsseldorf	Hans Hondele	25. 8. 1926	Autobahnpolizei Düsseldorf
Hannelore Nicolaus	3.03. 1921	Aachen	Fritz Krottenmüller	12. 7. 1939	Aachen
Robert Casselmann	17. 12. 1919	Aachen	Katharina Wiemers	27. 4. 1920	Paderborn
Werner Koop	22. 12. 1935	Wesel	Joachim Lietz	1. 3. 1961	Siegburg
Josef Kohn	3. 10. 1936	Bonn			
Hilmar Kischner	4. 8. 1936	Duisburg			

